

Niederschrift
über die Sitzung des Betriebsausschusses Umweltbetrieb
am 08.02.2012

Tagungsort: Rochdale-Raum (Großer Saal, Altes Rathaus)

Beginn: 17:00 Uhr

Sitzungspause:

Ende: 18:15 Uhr

Anwesend:

CDU

Herr Wilhelm Kleinesdar

Herr Holger Nolte

Herr Stefan Röwekamp

Herr Frank Strothmann

Herr Detlef Werner

SPD

Frau Dorothea Brinkmann

Herr Hans Hamann

Herr Hasan Kazaz

(an Beschlussfassungen
nicht teilgenommen)

Frau Regina

Klemme-Linnenbrügger

Frau Hannah Voigt

(an Beschlussfassungen
nicht teilgenommen)

Herr Reinhard Wellenbrink

Herr Andreas Winter

Bündnis 90/Die Grünen

Herr Dieter Gutknecht

Herr Priv.-Doz. Dr. Jörg van

Norden

BfB

Herr Peter Pfeiffer

FDP

Herr Detlef Niemeyer

Die Linke

Herr Matthias Benni Stiesch

Von der Verwaltung:

Frau Ritschel

Herr Barthel

Herr Kugler-Schuckmann

Herr Becker

Frau Gertsen

Vor Eintritt in die Sitzung stellt Frau Brinkmann fest, dass die Einladung ordnungsgemäß und fristgerecht erfolgt und der Ausschuss beschlussfähig ist.

Öffentliche Sitzung:

Zu Punkt 1 **Genehmigung des öffentlichen Teils der Niederschrift über die 20.Sitzung des Betriebsausschusses des Umweltbetriebes am 18.01.2012**

Herr Kleinesdar weist darauf hin, dass er in der Anwesenheitsliste der Niederschrift vom 18.01.2012 nicht erfasst ist und bittet um Nachtrag. Darüber hinaus werden keine Einwände erhoben.

Beschluss:

Die Niederschrift wird nach Form und Inhalt genehmigt.

- einstimmig beschlossen-

Zu Punkt 2 **Mitteilungen**

Frau Brinkmann weist auf die öffentliche Sondersitzung des Betriebsausschusses UWB hin, die zusammen mit dem AfUK, FiPA und der BZV Mitte am 13.02.2012 um 18.30Uhr stattfindet. Es werde zum Sachstand der Weser-Lutter Sanierung informiert.

Herr Kugler-Schuckmann informiert, dass es im Wintereinsatz bisher erst 4 Volleinsatztage gegeben habe. Da es derzeit nicht regne oder schneie, bleiben die Salzkristalle auf den Fahrbahnen liegen und werden zerfahren. Aus diesem Grund würden die Straßen momentan so weiß erscheinen.

Frau Brinkmann weist auf die Bautätigkeitenliste hin und bittet um Kenntnisnahme. Herr Kugler-Schuckmann beantwortet eine Rückfrage von Herrn Nolte.

Beschluss:

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

Zu Punkt 3 **Anfragen**

Anfragen liegen nicht vor.

Zu Punkt 4 **Sicherung einer kontinuierlichen Investitionstätigkeit in 2012 durch vorgezogene Beratung der Wirtschaftspläne UWB und ISB**

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 3568/2009-2014

Zusammenfassend ließen sich zwei Botschaften aus der Informationsvorlage ableiten, so Herr Becker.

Zum einen würden in diesem Jahr die Wirtschaftsplanberatungen der Betriebe dem Haushalt vorgezogen. Sollte es bei derzeit korrespondierenden Ansätzen zu Verschiebungen kommen, müsse ein Nachtragswirtschaftsplan aufgestellt werden.

Aufgrund der vorgezogenen Beratungen könnten die Betriebe im nichtrentierlichen Bereich im Rahmen des Kreditvolumens Investitionen tätigen.

Dies träfe hauptsächlich auf den ISB zu, da der UWB überwiegend gebührenfinanzierte (rentierliche) Bereiche habe.

Abschließend teilt Herr Becker, dass die Mittel im UWB für die nichtrentierlichen Bereiche ausreichen würden und verweist auf die weitere Beratung des nächsten Tagesordnungspunktes.

Beschluss:

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

Zu Punkt 5

Wirtschaftsplan des Umweltbetriebes der Stadt Bielefeld für das Jahr 2012

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 3594/2009-2014

Herr Becker leitet in die Thematik ein. Frau Gertsen stellt den Wirtschaftsplan anhand einer Powerpointpräsentation ausführlich vor. Diese ist der Niederschrift als Anlage beigelegt.

Im Anschluss an den Vortrag stellen die Fraktionen von SPD, Bündnis90/Die Grünen und der FDP einen schriftlichen Antrag, den Beschluss der Vorlage 3594/2009-2014 zu verändern...

Der Antrag mit den entsprechenden Änderungsvorschlägen wird den Ausschussmitgliedern verteilt und von Herrn Dr. van Norden begründet. Die Veränderungen umfassen den Zeitpunkt der Ergebnisabführung und die Transparenz und kostenechte Darstellung von Zuweisungen des Haushaltes in Richtung UWB. Außerdem wird der Kämmerer gebeten, die Auswirkung dieses Antrages für den Haushalt darzustellen. Der Antrag ist der Niederschrift beigelegt.

An der sich anschließenden Diskussion beteiligen sich die Herren Werner, Hamann, van Norden und Herr Becker von der Betriebsleitung.

Herr Becker weist ausdrücklich darauf hin, dass der vorgelegte Antrag in einzelnen Sachverhalten dem vom Rat der Stadt unter Nr. 8 einstimmig gefassten Eckdaten ähnelt. Er erinnert an eine Absprache zwischen den Fraktionsvorsitzenden, dem Vorsitzenden des Betriebsausschusses ISB,

dem stellvertretenden Vorsitzenden des Betriebsausschusses UWB und dem Kämmerer, wonach die HSK-Vorgaben nach wie vor Gültigkeit haben und Absprachen hinsichtlich der Zeitplanung zur Umsetzung eines Konzeptes verabredet wurden.

Auf Antrag der CDU-Fraktion lässt Frau Brinkmann einzeln über die Punkte 1-3 und Pkt. 4 des Antrages abstimmen.

Die Verwaltung sagt zu, mit dem Kämmerer ein Verfahren zu verabreden, um den Betriebsausschuss und den Finanz- und Personalausschuss vor Beschluss des Rates in das Verfahren einzubeziehen.

Beschluss:

Der Betriebsausschuss des UWB und der Finanz- und Personalausschuss empfehlen dem Rat den Wirtschaftsplan zu beschließen. Der Rat der Stadt beschließt den Wirtschaftsplan 2012 des UWB in Anlage 1 A (Gesamt-Erfolgsplan UWB), 1 A 1 (Sparten-Erfolgsplan), 1 B (Vermögens- und Finanzplan), 1 D mittelfristige Erfolgsplanung und 1 C (Stellenübersicht).

Der Höchstbetrag der Kassenkredite, die im Wirtschaftsjahr 2012 zur rechtzeitigen Leistung von Ausgaben in Anspruch genommen werden dürfen, wird auf 30 Mio. EUR festgesetzt.

Im Wirtschaftsjahr 2012 sind Umschuldungen in Höhe von 26,29 Mio. EUR vorgesehen.

Die Zuweisungen für die Grünflächen und die Straßeninstandhaltung sowie weitere Zahlungen aus dem Kernhaushalt stehen unter dem Vorbehalt der Beschlussfassung des Haushaltes der Stadt vom Rat – voraussichtlich am 05.07.2012 –. Bis dahin erhält der UWB lediglich 80% der Zuweisungen.

– einstimmig beschlossen-

**Darüber hinaus wird der Beschluss ergänzt um den Antrag der Fraktionen der SPD/ Bündnis90/Die Grünen/ FDP
(getrennte Abstimmung einzelner Punkte)**

- 1. Eine Gewinnabführung an die Stadt erfolgt nicht mehr vorab, sondern erst im Rahmen des Jahresabschlusses.**
- 2. Die Leistungsbeziehungen zwischen dem UWB und dem städtischen Haushalt werden transparent dargestellt**
- 3. Die Aufgaben für den UWB werden mit einer leistungsgerechten Zuweisung seitens der Stadt verbunden.**

– Punkt 1 -3: einstimmig beschlossen-

- 4. Der Kämmerer wird gebeten, dem Finanz- und Personalausschuss die Folgen dieses Beschlusses für den**

Haushalt darzustellen.

- Punkt 4: Ja: 8, Nein: 1, Enthaltungen. 6

Zu Punkt 6

Grundsätze der Stadt Bielefeld für die künftige Pflege von Grünanlagen, Spielplätzen, Sportplätzen und sonstigen Außenanlagen
- Beschluss über die Systematik des neuen Grünflächenkonzeptes -

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 3378/2009-2014

zuletzt Betriebsausschuss 09.03.2011, TOP 11; 19.10. und 16.11.2011, jeweils TOP 5

- DS 3188/2009-2014 –

Herr Kugler-Schuckmann informiert anhand einer Folie zu den Haushaltsansätzen der Grünunterhaltung in den Stadtbezirken. Die Folie ist der Niederschrift als Anlage beigefügt.

An der sich anschließenden Diskussion beteiligen sich die Ausschussmitglieder Kleinesdar, Hamann, Werner, van Norden und Klemme-Linnenbrügger.

Frau Ritschel und Herr Kugler-Schuckmann betonen abschließend, dass der UWB und der Betriebsausschuss an dieser Stelle für die Auftragnehmerseite und die Bezirksvertretungen sowie der Ausschuss für Umwelt- und Klimaschutz als Auftraggeber auftreten. Die Ergebnisse aus den Beratungen der Bezirke würden dann im sowohl im AfUK als auch im FiPA gebündelt. Der Rat entscheide in letzter Instanz.

Beschluss:

1. Die Ergebnisse des Gutachtens über die Organisationsuntersuchung für den Geschäftsbereich Grünflächen u. Friedhöfe – 700.6 – im Umweltbetrieb werden zur Kenntnis genommen.
2. Das flexible und integrative Grünflächenkonzept wird als Grundlage für die zukünftige Pflege der städtischen Grünanlagen beschlossen.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, für die einzelnen Grünanlagen, die Pflege im Rahmen des flexiblen und integrativen Grünflächenkonzeptes (Qualitätstypen und –level) konkret zu definieren und zeitnah in einem 2. Schritt zur Diskussion und Beschlussfassung in den jeweils zuständigen politischen Gremien vorzulegen.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 7

Anträge

Es liegen keine Anträge vor.

-.-.-

Zu Punkt 8

**Beschlüsse aus vorangegangenen Sitzungen - Bericht der
Verwaltung zum Sachstand**

Beschlüsse aus vorangegangenen Sitzungen liegen nicht vor.

-.-.-